



Actares

AktionärInnen
für nachhaltiges
Wirtschaften

Politische Spenden
von Unternehmen
im Swiss Market
Index 2013 & 2014

Actares fragte die Top 20 der Schweizer Börse - die Mitglieder des Swiss Market Index (SMI) - ob und in welchem Umfang sie 2013 und 2014 politische Spenden tätigten. Darunter fallen Beiträge an politische Parteien, Kandidierende, Abstimmungskomitees sowie an die politische Arbeit von Verbänden. Actares wollte auch wissen, was die Unternehmen für das laufende Wahljahr 2015 vorhaben. Dies ist die vierte solche Umfrage von Actares nach 2007, 2010 und 2013.

Die wichtigsten Erkenntnisse:

- Die Zahl politisch aktiver SMI-Unternehmen ist über die letzten fünf Jahre hinweg stabil geblieben. Dies ändert sich auch im laufenden Wahljahr nicht.
- Politische Parteien erhalten vor allem aus der Finanz- und Pharmabranche Unterstützung. Die Banken informieren dabei am transparentesten. Die Grössenordnung der Parteispenden ist über die letzten fünf Jahre hinweg stabil geblieben.
- Die Finanzierung der politischen Arbeit von Verbänden durch SMI-Unternehmen liegt mehrheitlich im Dunkeln. Es ist aber anzunehmen, dass die zunehmenden Kosten von Wahlkämpfen und politischen Kampagnen von den Verbänden getragen werden.
- Nur ein einziges SMI-Unternehmen würde eine Offenlegungspflicht begrüssen.

Eine Synopse der Antworten und der Fragebogen finden sich im Anhang.

Acht Unternehmen spenden an Parteien – vor allem aus den Branchen Finanz und Pharma

Spenden an Parteien werden vor allem von Finanz- und Pharmaunternehmen getätigt, wobei die Banken am transparentesten kommunizieren.

Credit Suisse betrachtet die finanzielle Unterstützung von politischen Parteien als Teil des „gesellschaftlichen Engagements“. Das Unternehmen verlangt, dass eine Partei in der Bundesversammlung mindestens Fraktionsstärke hat und von sich aus einen Antrag stellt. Die politische Ausrichtung einer Partei spielt hingegen keine Rolle. In den Jahren 2013 und 2014 wurden jeweils bis zu einer Million Franken verteilt, nach einem Schlüssel, der auf der Anzahl Mandate auf Kantons- und Bundesebene beruht. Die grössten unterstützten Parteien erhielten so bis zu CHF 200'000.

UBS hat in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt CHF 1.8 Millionen an politische Parteien gespendet. Die Bedingungen sind ähnlich wie bei Credit Suisse: Fraktionsstärke in der Bundesversammlung und Höhe des Beitrags abhängig von der Anzahl Mandate auf Kantons- und Bundesebene. UBS verhält sich allerdings nicht parteipolitisch neutral, sondern spendet an Parteien, die zu „Wettbewerb und Marktwirtschaft“ beitragen. Im Zeitraum 2013-2014 waren dies BDP, CVP, FDP, GLP und SVP.

Julius Bär gibt keine Pauschalbeiträge an Parteien, aber unterstützt Projekte von "bürgerlichen" Parteien. Im Jahr 2013 spendete Julius Bär CHF 20'000 an die Kampagne „5% Wähleranteil zulegen“ der FDP. Im Jahr 2014 erhielt die CVP gut CHF 6'000 für eine Studie.

Unternehmen ausserhalb der Bankbranche, die an Parteien spenden, geben zwar pauschale Summen bekannt, bezüglich Empfänger halten sie sich aber bedeckt und nennen höchstens vage Kriterien:

Zurich hat sowohl 2013 wie 2014 an politische Parteien gespendet, insgesamt bis zu CHF 500'000 pro Jahr. Details zu den Adressaten gibt das Unternehmen keine, ausser dass sie sich für „einen attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz“ einsetzen und im Interesse der Versicherungswirtschaft „und ihrer Anspruchsgruppen“ politisieren.

Swiss Re gewährt „finanzielle Unterstützung an Organisationen, welche die wirtschaftspolitischen Interessen der Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und von Swiss Re im Besonderen vertreten“. Die Zuwendungen bewegen sich „in engen Grenzen“. Mehr Details zu Adressaten und Beträgen will das Unternehmen nicht nennen.

Novartis spendete 2014 ein Äquivalent von „rund USD 500'000“ an Schweizer Parteien, „deren Programm und Standpunkte die strategischen Interessen von Novartis, ihren Aktionären und anderen Anspruchsgruppen unterstützen“.

Roche verteilte 2013 einen Betrag von bis zu knapp CHF 250'000 und 2014 einen Betrag von bis zu knapp CHF 285'000 an Parteien mit einer „liberalen Haltung“.

Nestlé unterstützte 2014 „wirtschaftsfreundliche Parteien“ mit CHF 250'000.

Kein Unternehmen unterstützt systematisch einzelne Kandidierende

Novartis gibt an, „grundsätzlich keine Kandidaten“ zu unterstützen, aber würde Ausnahmen „in Betracht ziehen“, wenn es sich um eigene Mitarbeiter handelt. Novartis ist damit das einzige der befragten Unternehmen, das unter Umständen nicht nur Parteien, sondern auch Kandidaten unterstützen würde.¹

Recht verbreitet sind hingegen Arrangements für Angestellte, die ein politisches Amt innehaben. Bei **Credit Suisse** und **Zürich** dürfen sie bis zu 20 Prozent ihrer Arbeitszeit dafür verwenden, unabhängig von Parteizugehörigkeiten. Auch **Julius Bär**, **Novartis**, **Syngenta** und **UBS** kommen politisch aktiven Angestellten entgegen.

Swisscom stellt grundsätzlich keine Zeit für politische Ämter zur Verfügung, wäre aber bereit, dies „im Einzelfall“ prüfen.

Parteispenden auch im Wahljahr 2015

Im laufenden Wahljahr 2015 dürfte sich an der Konstellation der politisch aktiven Unternehmen nicht viel ändern.

Von den acht Unternehmen, die an Parteien spenden, geben fünf explizit an, dies auch im Jahr der eidgenössischen Wahlen zu tun: **Credit Suisse**, **Julius Bär**, **Novartis**, **UBS** und **Zürich**. Die Unterstützung der Parteien soll jeweils im Umfang der letzten zwei Jahre erfolgen. Credit Suisse unterstützt ausserdem Angestellte, die für die Bundesversammlung kandidieren mit „bescheidenen“ Beiträgen.

Actares hat die Unternehmen dieses Jahr zum ersten Mal gefragt, ob sie das Abstimmungsverhalten von Mitgliedern des nationalen Parlaments oder die Parolenfassung von politischen Parteien bei Volksabstimmungen verfolgen:

- Nur **UBS** sagt klar Ja zu beiden Fragen.
- **Julius Bär**, **Novartis** und **Zürich** geben an, politische Prozesse zu verfolgen, den Fokus aber auf Parteien, nicht auf Personen zu legen.
- **Nestlé** verfolgt "weder Parolenfassungen von Parteien noch das Abstimmungsverhalten einzelner Politiker in systematischer Weise" aber berücksichtigt die generelle Positionierung politischer Parteien.
- **ABB**, **Swisscom** und **Syngenta** verfolgen politische Prozesse nur insofern sie das eigene Geschäft betreffen.

¹ Holcim hat auf die Umfrage von Actares nur sehr unvollständig Auskunft gegeben. Gegenüber der Handelszeitung vom 15. Januar 2015 erwähnte das Unternehmen aber eine gelegentliche „Kleinere und situative Unterstützung einzelner Personen mit liberalem Gedankengut.“

Dürftige Informationen zu Spenden an Verbände & Komitees

Wie schon in früheren Actares-Umfragen will kaum ein SMI-Unternehmen offenlegen, ob es Verbände oder Abstimmungskomitees mit zweckbestimmten Beiträgen an Kampagnen unterstützt.

Die grosse Ausnahme ist **Julius Bär**: Die Bank gibt an, dass 2013 CHF 5'000 an das Komitee pro Flughafen gingen; CHF 2'000 an die Unternehmergruppe Wettbewerbsfähigkeit für die Abstimmung zur "Bonzensteuer" und CHF 5'000 für die Zürcher Stadtratswahlen 2014; und schliesslich CHF 1'000 an die City Vereinigung Zürich für die Gemeinderatswahlen 2014. Im Jahr 2014 unterstützte Julius Bär die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken bei der Kampagne gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung mit CHF 50'000.

Swisscom hat 2014 CHF 25'000 an economiesuisse überwiesen, für die Kampagne "NEIN - gegen die SVP Abschottungsinitiative". Das ist bemerkenswert, war Swisscom doch in früheren Umfragen von Actares 2013, 2010 und 2007 immer unter den politisch abstinenter Unternehmen. (Actares fragt allerdings erst seit 2013 nach Spenden an Verbände und Abstimmungskomitees.)

Novartis gibt immerhin an, 2013 CHF 5'000 an ein Abstimmungskomitee (oder mehrere) gespendet zu haben, will den (oder die) Namen aber nicht offenlegen. 2014 gingen CHF 530'000 an Verbände ("inkl. Beiträge für politische Kampagnen") - Themen und Empfänger will das Unternehmen nicht nennen.

Von den übrigen SMI-Unternehmen wird eine Unterstützung der politischen Arbeit von Verbänden oder Abstimmungskomitees mehr impliziert als bestätigt: **Roche** engagiert sich "sofern unser Geschäft betroffen ist". Die Beiträge von **Swiss Re** halten sich "in engen Grenzen". **Zurich** unterstützt Kampagnen nur in Einzelfällen, "wenn gravierende Interessen der Schweizer Volkswirtschaft auf dem Spiel stehen."

Kaum Zustimmung zu einer Offenlegungspflicht

Transparenz-Leader bei den Parteispenden sind die Banken: **Credit Suisse** und **UBS** haben seit 2012 klare Regeln, die sie auch öffentlich kommunizieren. **Julius Bär** gibt detailliert Auskunft, nicht nur über Regeln, sondern auch über Empfänger und Beträge.

Sehr viel weniger transparent sind die SMI-Unternehmen, wenn es um Spenden an Abstimmungskomitees oder Verbände geht. Vorbildlich zeigen sich hier nur **Julius Bär** und **Swisscom**. Bei allen anderen Unternehmen gibt es höchstens ausweichende Antworten, aus denen sich nur schwer konkrete Schlüsse ziehen lassen.

In dieses Bild passt, dass eine Offenlegungspflicht für politische Spenden auf sehr wenig Begeisterung stösst. Nur **SGS** wäre damit einverstanden, sofern diese Pflicht auch für alle anderen politischen Akteure (Parteien, Interessengruppen usw.) gälte. Die anderen Unternehmen argumentieren, dass Spenden im Schweizer Milizsystem Privatsache bleiben sollen; dass Unternehmensspenden die politische Polemik anheizen würden; oder dass eine Konsolidierung aller Spenden in einem "kleinräumigen, mehrstufigen System" wie in der Schweiz unmöglich und eine Offenlegung letztlich nicht praktikabel wäre.

Die Position von Actares: Es braucht mehr Transparenz und den Einbezug des Aktionariats

Actares ist nicht grundsätzlich gegen eine politische Einflussnahme von Unternehmen, vor allem wenn es um die Wahrung ihrer Interessen geht. Actares fordert aber mehr Transparenz² und einen Einbezug des Aktionariats.

Erstens soll verhindert werden, dass das Unternehmen politische Positionen vertritt, die den Interessen des Aktionariats widersprechen - wie in mehreren Fällen geschehen bei der eidgenössischen Volksinitiative "gegen die Abzockerei".

Zweitens soll ein Unternehmen auch bei politischen Fragen den Puls des Aktionariats fühlen. Die Führung eines Unternehmens mag sich gegen jegliche zusätzliche Regulierung sträuben, im Aktionariat ist dies aber nicht immer der Fall. Ein Beispiel ist die Konzernverantwortungsinitiative³, die von vielen Aktionärinnen und Aktionären - auch von Actares - unterstützt wird.

Drittens sollen die Kriterien von Unternehmen sinnvoll und nachvollziehbar sein. Der CEO von UBS äusserte sich in den Medien negativ zu den Folgen der eidgenössischen Volksinitiative "gegen Masseneinwanderung" auf die Schweizer Wirtschaft⁴. Trotzdem hat UBS die Urheberin der Initiative in den letzten Jahren finanziell unterstützt. Stimmen aus dem Aktionariat könnten hier als Korrektiv wirken.

Wenn ein Unternehmen nicht politisch abstinent sein will, fordert Actares eine neue Praxis im Umgang mit politischen Spenden - es braucht:

- Detaillierte Richtlinien zu politischen Spenden, die dem Aktionariat zur konsultativen oder bindenden Abstimmung vorgelegt werden.
- Budgets für politische Spenden, die dem Aktionariat zur konsultativen oder bindenden Abstimmung vorgelegt werden.
- Eine detaillierte nachträgliche Offenlegung von Adressaten und Beträgen, so dass das Aktionariat in Kenntnis der Fakten Fragen stellen und künftige Entscheide treffen kann.

² Die Transparenz bezüglich Spenden ist möglicherweise auch bei anderen Akteuren im politischen Betrieb ungenügend. Als Organisation von Aktionärinnen und Aktionären liegt der Fokus von Actares aber auf dem Verhalten von börsenkotierten Unternehmen.

³ <http://konzern-initiative.ch/>

⁴ Sergio Ermotti, Ein Erfolgsmodell ist gefährdet, in: Tages-Anzeiger, 18. Februar 2015



Actares

Actionnariat
pour une
économie durable

AktionärInnen
für nachhaltiges
Wirtschaften

Bern:
Actares, Postfach
CH-3000 Bern 23
T 031 371 92 14

Genève:
Actares, CP 161
CH-1211 Genève 8
T 022 733 35 60

www.actares.ch
info@actares.ch

IBAN:
CH30 0900 0000
1744 3480 3
PC / CCP:
17-443480-3

ACTARES wurde im Jahr 2000 als nicht gewinnorientierte Organisation gegründet. Die heute gut 1'300 Mitglieder wollen ihre Aktionärsrechte aktiv wahrnehmen und sich bei in der Schweiz börsenkotierten Aktiengesellschaften für eine verantwortungsvolle Unternehmenspolitik einsetzen, die mit Geld, Menschen und Umwelt achtsam umgeht. ACTARES sucht den Dialog mit diesen Unternehmen – im schriftlichen Kontakt, im direkten Gespräch oder mit Auftritten an Generalversammlungen. Mitglieder können ihre Aktienstimmen an ACTARES delegieren.

© Actares, Juli 2015

Annex 1: Synopse der Antworten

	Parteien	Kandidierende	Wahljahr 2015	Monitoring	Komitees	Verbände ¹	Richtlinien	...öffentlich?	Offenlegungspflicht
ABB	NEIN	NEIN	—	(JA)	—	NEIN	JA	NEIN	—
Adecco	NEIN	NEIN	—	—	NEIN	NEIN	JA	NEIN	—
Credit Suisse	JA	NEIN	JA	—	NEIN	—	JA	JA	—
Geberit	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	JA	NEIN	n/a	NEIN
Givaudan	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	n/a	NEIN
Julius Bär	JA	NEIN	JA	JA	JA	JA	JA	NEIN	NEIN
Nestlé	JA	NEIN	(JA)	NEIN ²	NEIN	—	(JA)	—	(NEIN)
Novartis	JA	(JA) ³	JA	JA	JA	JA	JA	NEIN	(NEIN)
Roche	JA	—	(JA)	—	(JA) ⁴	(JA) ⁵	—	—	(NEIN)
SGS	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	JA	JA	JA
Swatch Group	NEIN	NEIN	NEIN	—	NEIN	NEIN	—	—	—
Swiss Re ⁶	JA?	JA?	(JA)	—	JA?	JA?	JA	—	NEIN
Swisscom	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN ⁷	NEIN	JA	JA	NEIN	—
Syngenta	NEIN	NEIN	(NEIN)	NEIN ⁸	—	—	JA	JA	NEIN
UBS	JA	NEIN	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	JA	—
Zurich	JA	NEIN	JA	JA	JA	(JA) ⁹	JA	NEIN	—

- Es haben 17 von 20 Unternehmen geantwortet. Eines davon war Holcim - die Informationen waren allerdings für eine Auswertung nicht ausreichend genug. Actelion, Richemont und Transocean haben eine Antwort verweigert.
- Ein Strich (—) signalisiert, dass die Frage entweder nicht oder unklar beantwortet wurde. Ein JA oder NEIN in Klammern bedeutet, dass diese Antwort nur impliziert wurde.
- Für die genaue Formulierung der Fragen siehe Annex 2.

¹ **Verbände:** Bezieht sich nur auf Spenden, über Mitgliedsgebühren hinaus.

² **Nestlé:** Verfolgt nur generelle Positionierung von Parteien, nicht Parolenfassung oder Abstimmungen.

³ **Novartis:** Nur eigene Mitarbeiter.

⁴ **Roche:** Wenn das eigene Geschäft betroffen ist; nicht klar, ob das 2013 oder 2014 der Fall war.

⁵ **Roche:** Wenn das eigene Geschäft betroffen ist; nicht klar, ob das 2013 oder 2014 der Fall war.

⁶ **Swiss Re:** Aus der Antwort nicht ersichtlich, worauf sich die politischen Zuwendungen verteilen.

⁷ **Swisscom:** Kein systematisches Monitoring, nur bei Themen, die das Unternehmen direkt betreffen.

⁸ **Syngenta:** "Aktives Issuemonitoring" bei Themen, "die die Tätigkeiten von Syngenta in der Schweiz direkt betreffen", aber kein Monitoring des politischen Betriebs an sich.

⁹ **Zurich:** Kampagnen nur in Einzelfällen unterstützt, "wenn gravierende Interessen der Schweizer Volkswirtschaft auf dem Spiel stehen"; nicht klar ob dies 2013/14 der Fall war.

Annex 2: Fragebogen zum politischen Engagement von FIRMA in der Schweiz

Spenden an Parteien

- 1 Hat FIRMA in den Jahren 2013 und 2014 an politische Parteien gespendet?
- 2 Wenn ja: An welche Parteien und welche Beträge?

Spenden an Kandidierende für ein nationales politisches Amt

- 3 Hat FIRMA in den Jahren 2013 und 2014 an Kandidierende gespendet?
(Dies können sowohl angestellte wie nicht-angestellte Personen sein.)
- 4 Wenn ja: An welche Kandidierende und welche Beträge?
- 5 Dürfen Angestellte einen Teil ihrer Arbeitszeit für ein politisches Amt aufwenden?
- 6 Spielt es eine Rolle, für welche Partei Angestellte kandidieren bzw. aktiv sind?

Spenden an Abstimmungskomitees

- 7 Hat FIRMA in den Jahren 2013 und 2014 an Abstimmungskomitees gespendet?
- 8 Wenn ja: An welche Komitees und welche Beträge?

Spenden an Verbände

- 9 Hat FIRMA in den Jahren 2013 und 2014 an Verbände gespendet (über Mitgliedsgebühren hinaus)?
- 10 Wenn ja: An welche Verbände und welche Beträge?
- 11 Waren unter diesen Spenden gezielte Beiträge an politische Kampagnen?
- 12 Wenn ja: Welche Kampagnen und welche Beträge?

Wahljahr 2015

- 13 Beabsichtigt FIRMA, im Wahljahr 2015 Kandidierende oder Parteien zu unterstützen?

Allgemeine Praxis & Richtlinien

- 14 Verfolgt FIRMA das Abstimmungsverhalten von Mitgliedern des nationalen Parlaments?
- 15 Verfolgt FIRMA die Parolenfassung von politischen Parteien bei Volksabstimmungen?
- 16 Gibt es bei FIRMA interne Richtlinien bezüglich Zuwendungen an politische Akteure?
- 17 Wenn ja: Sind diese Richtlinien öffentlich zugänglich?

Offenlegung

- 18 Würde FIRMA es begrüßen oder nicht, wenn Unternehmen verpflichtet wären, ihre Zuwendungen an politische Akteure offenzulegen? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.